



Mögliche Änderungen im internationalen Erbrecht

1. Übersicht

- Das **IPRG**¹ regelt für die Schweiz im internationalen Verhältnis u.a. (vgl. **IPRG 1**)
 - o die Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte oder Behörden,
 - o das anzuwendende Recht und
 - o die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen.
- Erbrechtliche Angelegenheiten werden im 6. Kapitel des IPRG geregelt
- Anknüpfungspunkte zur Regelung dieser Fragen bilden im erbrechtlichen Teil derzeit
 - o primär der (letzte) *Wohnsitz* des Erblassers
 - **IPRG 86 Abs. 1, 90 Abs. 1, 91 Abs. 1, 94, 95 Abs. 1, 96 Abs. 1 lit. a**
 - o sekundär insbesondere auch die *Staatsangehörigkeit*
 - **IPRG 87 f., 90 Abs. 2, 91 Abs. 2, 94.**
- Vom Bundesrat wurde zunächst darauf hingewiesen, dass sich „angesichts der massiv gestiegenen Mobilität“ die Frage stelle,
 - o „ob es noch zeitgemäss ist, neben dem Wohnsitz als hauptsächlichem Anknüpfungspunkt die Staatsangehörigkeit als subsidiäre Regelung beizubehalten,
 - o oder ob es nicht angemessen wäre, stattdessen auf den *früheren Wohnsitz* abzustellen [...]“²
- Vor allem aber wird eine Anpassung diverser Bestimmungen des **6. Kapitels des IPRG** an die sich seit Erlass geänderten Verhältnisse diskutiert, wobei in vielen Belangen Bezug genommen wird auf die Regelungen der **EuErbVO**³, um eine Harmonisierung zu erreichen und Kompetenzkonflikte zu vermeiden. So unterstellt die EuErbVO die Erbfolge im Grundsatz dem Recht desjenigen Staates, in dem der Erblasser seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Durch die EuErbVO, ebenso wie durch die seit 29.1.2019 anwendbare **EuGüVO**⁴, ist im europäischen Erb- und Güterrecht folglich eine deutliche Abkehr vom Staatsangehörigkeitsprinzip hin zum *Lebensmittelpunkt mit Rechtswahlfreiheit* zu verzeichnen.

¹ Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987, SR 291.

² Bericht des Bundesrates: Modernisierung des Familienrechts vom 25. März 2015, abrufbar unter: <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/aktuell/news/2015/2015-03-250/ber-br-d.pdf>.

³ Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses.

⁴ Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands.



- Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat am 14. Februar 2018 die **Vernehmlassung** zur Revision des IPRG eröffnet.⁵ Der zur Diskussion stehende Vorentwurf (Details s.u.) bringt folgende Fortschritte mit sich:
 - o Verminderung der Gefahr positiver Kompetenzkonflikte
 - o Angleichung beim anwendbaren Recht
 - o Beseitigung bestehender Unklarheiten
 - o Mehr Gestaltungsfreiheit für den Erblasser
 - o Praxisfreundlichkeit⁶

2. Vorentwurf⁷

- **IPRG 86 Abs. 3**
 - o Einräumung der Möglichkeit für Ausländer und CH-Doppelbürger, den Nachlass der Zuständigkeit ihrer Heimatstaaten zu unterstellen.
- **IPRG 86 Abs. 4**
 - o Konsequente subsidiäre Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte oder Behörden am letzten Wohnsitz des Erblassers bei Untätigkeit der Behörden des betreffenden Staates in einem Fall von Abs. 2 oder 3 zwecks Vermeidung von negativen Kompetenzkonflikten.
- **IPRG 87 Abs. 1**
 - o Konsequente subsidiäre Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte oder Behörden am Heimatort betreffend den Nachlass eines Auslandschweizers bei Untätigkeit der Behörden des Wohnsitzstaates.
 - o Ausweitung der Kompetenz zur Zuständigkeitsregelung durch Möglichkeit der Einführung weiterer Voraussetzungen durch Gerichte oder Behörden.
- **IPRG 87 Abs. 2**
 - o Schweizerische Zuständigkeit für den Nachlass von Auslandschweizern für den Fall, dass der Erblasser eine entsprechende Prorogation getroffen hat.
 - o Neu die Möglichkeit der Umstossung der Vermutung durch eine Klausel, wonach durch die Rechtswahl nicht gleichzeitig eine Prorogation entsteht.
- **IPRG 88 Abs. 1**
 - o Konsequente subsidiäre Zuständigkeit für die im Inland gelegene Nachlasswerte eines Ausländers mit letztem Wohnsitz im Ausland.
 - o Ausweitung der Kompetenz zur Zuständigkeitsregelung durch Möglichkeit der Einführung weiterer Voraussetzungen durch Gerichte oder Behörden.

⁵ Medienmitteilung des Bundesrats vom 14. Februar 2018, abrufbar unter:

https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/aktuell/news/2018/ref_2018-02-14.html.

⁶ Erläuternder Bericht zum Vernehmlassungsentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht), abrufbar unter:

<https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/aktuell/news/2018/2018-02-14/vn-ber-d.pdf>.

⁷ Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht), abrufbar unter: <https://www.bj.admin.ch/dam/data/bj/aktuell/news/2018/2018-02-14/vorentw-d.pdf> sowie m.w.H. der erläuternde Bericht zum Vernehmlassungsentwurf (s.o.).



- **IPRG 90 Abs. 2**
 - Ausländer sowie CH-Doppelbürger können ihren Nachlass ihrem Heimatrecht unterstellen.
 - Des Weiteren ist die Umstossung der Vermutung durch eine Klausel möglich, wonach durch die Rechtswahl nicht gleichzeitig eine Prorogation entsteht.
- **IPRG 90 Abs. 3**
 - Unterstellung des Nachlasses einem der Heimatrechte fällt nicht mehr dahin, wenn der Erblasser im Todeszeitpunkt dem jeweiligen Staat nicht mehr angehört hat.
- **IPRG 91 Abs. 1**
 - Bei Rückverweisung auf das Schweizer Kollisionsrecht wird das Sachrecht des Wohnsitzstaates angewendet, so kann eine Endlosschleife vermieden werden.
- **IPRG 91 Abs. 2**
 - Ausweitung der Rechtswahlmöglichkeit auch auf ein Heimatrecht des Auslandsschweizers.
- **IPRG 92 Abs. 2**
 - Ausdehnung der Rechtsfragen, die dem Recht am Ort der Nachlassabwicklung unterstehen.
- **IPRG 93**
 - Aufgehoben.
- **IPRG 94 Abs. 1**
 - Unterstellung der letztwilligen Verfügung dem Recht am Wohnsitz des Erblassers zur Zeit der Errichtung, ausgenommen sind Fragen betreffend die Verfügungsfreiheit.
- **IPRG 94 Abs. 2**
 - Möglichkeit der Unterstellung des Nachlasses in der letztwilligen Verfügung einem Heimatrecht anstelle des Wohnsitzrechts.
- **IPRG 94 Abs. 3**
 - Möglichkeit, die letztwillige Verfügung direkt einem Heimatrecht zu unterstellen.
- **IPRG 94 Abs. 4**
 - Formstatut neu an dieser Stelle.
- **IPRG 95 Abs. 1**
 - Ausnahme betreffend Fragen der Verfügungsfreiheit eingeführt, für jene gilt das in IPRG 90 f. bezeichnete Recht.
- **IPRG 95 Abs. 2**
 - Ausgangspunkt ist die Möglichkeit des Bestehens mehrerer Heimatrechte.
 - Es besteht nun eine Auswahlmöglichkeit des Erblassers bei der Unterstellung des Nachlasses.



- **IPRG 95 Abs. 3**
 - Bei gegenseitigen Erbverträgen können die Verfügenden ihren Nachlass jeweils dem Wohnsitzrecht oder einem ihrer Heimatrechte unterstellen.
 - Der Begriff des Erbvertrags wird dabei weit gezogen; gewisse Kombinationen von Testamenten werden den Erbverträgen an dieser Stelle zugerechnet.
- **IPRG 95 Abs. 3^{bis}**
 - Die Vertragsparteien können den Erbvertrag einem der Heimatrechte des Verfügenden unterstellen.
 - Diese Unterstellung bleibt bestehen, auch wenn die betreffende Person beim Tod nicht mehr dem jeweiligen Staat angehört.
- **IPRG 95 Abs. 4**
 - Sinngemässe Übernahme des geltenden IPRG 93 Abs. 2.
- **IPRG 96 Abs. 1**
 - **lit. a:** Anerkennungsobjekt aus dem Staat des letzten Wohnsitzes des Erblassers
 - **lit. c:** Anerkennungsobjekt aus (einem seiner) Heimatstaat(en) und Unterstellung des Nachlasses der Zuständigkeit oder dem Recht des betreffenden Staates
 - **lit. d:** nur soweit letzte Wohnsitz des Erblassers im Ausland ist und sich der betreffende Staat nicht mit dem Nachlass befasst: Anerkennungsobjekt aus Staat des letzten gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers, aus (einem seiner) Heimatstaat(en) oder betreffend einzelne Nachlasswerte im Staat, wo diese liegen

3. Stand und weiteres Verfahren

- Die Vernehmlassungsfrist ist am 31. Mai 2018 abgelaufen.⁸ Am 13. März 2020 hat der Bundesrat die Vernehmlassungsergebnisse zur Kenntnis genommen und die Botschaft zuhanden des Parlaments verabschiedet.⁹ Das Revisionsvorhaben und seine Stossrichtung wurde in sämtlichen Stellungnahmen begrüsst.

⁸ Die Stellungnahmen sind abrufbar unter: <https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/ind2018.html>.

⁹ Medienmitteilung des Bundesrats vom 13. März 2020, abrufbar unter: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78427.html>